

Kooperationsvereinbarung

zwischen den Fraktionen der SPD, der PDS und des Bauernverbandes im Kreistag Märkisch-Oderland

Die Fraktionen der SPD, der PDS und des Bauernverbandes im Kreistag Märkisch-Oderland (MOL) kooperieren für den Zeitraum der laufenden Wahlperiode.

Ziel ist es, auf der Grundlage einer stabilen politischen Mehrheit die Rahmenbedingungen für eine nachhaltig soziale, wirtschaftliche und kulturell-sportliche Entwicklung unseres Landkreises weiter zu gestalten.

Dabei ist die Einordnung des Landkreises Märkisch Oderland im Land Brandenburg und in seiner Lage als Grenzregion zur Republik Polen zu beachten.

Die Kooperationspartner treffen die erforderlichen Entscheidungen ausschließlich nach sachlich-fachlichen Gesichtspunkten zum Wohle der Einwohner von Märkisch-Oderland gemeinsam.

Im Interesse einer zielorientierten Zusammenarbeit sichern die Kooperationspartner einander Kompromissbereitschaft, Konfliktlösungsvermögen, gegenseitige Verlässlichkeit und Fairness zu.

Um die künftigen Aufgaben lösen zu können, arbeiten die Kooperationspartner mit allen demokratischen Kräften des Kreistages zusammen, ohne parteipolitische Erwägungen in den Vordergrund zu stellen.

A Allgemeine Grundsätze

1. Ausschluss wechselnder Mehrheiten

Die Fraktionen von SPD, PDS und Bauernverband stimmen im Kreistag grundsätzlich nicht mit wechselnden Mehrheiten. Ausnahmen werden einvernehmlich im Kooperationsausschuss beraten. Dieser kann die Abstimmung freigeben.

2. Personalentscheidungen

Der Landrat und die Beigeordneten werden von den Kooperationspartnern getragen. Diese und weitere für den Kreis relevante Personalentscheidungen sind einvernehmlich und auf der Grundlage gesetzlicher Bestimmungen zu regeln.

3. Informationspflicht

Die Kooperationspartner informieren sich in allen wesentlichen Fragen, die die Kreispolitik und die Kooperation berühren. Über Fraktionsanträge zur Tagesordnung des Kreistages sind die Kooperationspartner zu informieren.

4. Kooperationsausschuss

Die Koordinierung der Zusammenarbeit obliegt dem Kooperationsausschuss in folgender Zusammensetzung:

- die Fraktionsvorsitzenden der SPD, der PDS und des Bauernverbandes,
- je zwei gewählte Abgeordnete der SPD, der PDS und des Bauernverbandes,
- der Landrat und die Beigeordneten der Kooperationspartner.

Der Kooperationsausschuss tagt in der Regel vor jeder Kreistagssitzung. Außerplanmäßige Sitzungen des Kooperationsausschusses können auf Verlangen einer Fraktion einberufen werden. Die Verantwortung für die Organisation und Leitung der regelmäßigen Sitzungen des Kooperationsausschusses tragen die Fraktionsvorsitzenden im jährlichen Wechsel. Zunächst obliegt dies der SPD, im zweiten Jahr der PDS, danach dem Bauernverband usw. Das Beratungsergebnis des Kooperationsausschusses ist in einem Protokoll festzuhalten. Hierfür einigen sich die Partner auf einen Schriftführer.

Der Kooperationsausschuss berät alle durch die Verwaltung und die Fraktionen des Kreistages eingereichten Vorlagen für die Ausschüsse und den Kreistag. Beschlüsse des Kooperationsausschusses werden einvernehmlich getroffen. Meinungsverschiedenheiten sollen in der Regel im Kooperationsausschuss geklärt werden.

Die Fraktionsvorstände erläutern die im Kooperationsausschuss gefassten Beschlüsse ihren Fraktionsmitgliedern, um diese zu einem weitgehend einheitlichen Abstimmungsverhalten im Kreistag und den Ausschüssen anzuregen. Ist dies nicht zu erwarten, sind die Fraktionsvorsitzenden der anderen Fraktionen darüber zu informieren.

5. Einspruchsrecht

Jeder Fraktion steht im Kooperationsausschuss ein aufschiebendes Einspruchsrecht zu.

Entscheidungen im Kreistag und in den Ausschüssen sind dann zumindest bis zu einer nochmaligen Beratung zurückzustellen.

6. Rechte der Kooperationspartner

Die Rechte der Fraktionen werden von der Kooperationsvereinbarung nicht berührt. Die Kooperationspartner sind frei, ihre Position öffentlich zu vertreten, auch wenn diese in der Kooperation keine Mehrheit gefunden hat.

7. Klausurtagungen

Mindestens einmal jährlich findet eine Klausurtagung der Kooperationspartner statt. Sie erfolgt unbedingt zur Vorbereitung und Abstimmung der Haushaltsentscheidungen, dient außerdem der Auswertung der gemeinsamen Arbeit und der Abstimmung bzw. der Diskussion längerfristiger strategischer Zielstellungen.

8. Ausschüsse/Gremienbesetzung

Die Neubildung und Veränderung von Ausschüssen sowie die Besetzung von Aufsichts- und Beiräten sowie von anderen Gremien werden im Kooperationsausschuss beraten.

B Kooperationschwerpunkte

1. Verwaltung

Eine Schwerpunktaufgabe der Kooperationspartner ist die Weiterentwicklung der Kreisverwaltung zu einer effektiv, lösungsorientiert und bürgerfreundlich arbeitenden Dienstleistungseinrichtung.

Politische Verantwortung und politische Richtung sind nach innen und außen deutlich zu machen. Diesem Ziel dient die Ausprägung einer politischen Führungsebene der Kreisverwaltung, die dem Kreistag gegenüber verantwortlich ist und die sich aus dem Landrat und drei Beigeordneten zusammensetzt.

Die Verwaltung wird nach dem Prinzip der strengsten Sparsamkeit geführt.

Durch zweckmäßige Anwendung des Tarifrechts sind die Personalkosten in der Kreisverwaltung zu senken und in diesem Zusammenhang ist ein Einstellungskorridor für junge Leute zu schaffen.

Es sind klare Leitungsstrukturen zu schaffen. Sie müssen sich unter anderem an der Verkürzung von Bearbeitungszeiten bei Antragsstellungen und Verwaltungsvorgängen messen lassen. Die Aufgabe, investitionsfreundlichster Landkreis zu sein, hat Priorität.

Zusammengehörende Bereiche, wie Landwirtschaft, Jagd, Fischerei, Umwelt und Veterinärwesen sind in einer Struktur zu führen. Auf entsprechende fachliche Kompetenz der Mitarbeiter ist zu achten.

2. Finanzen/Haushalt

Durch Konsolidierung des Haushalts und effektives Wirtschaften ist mittelfristig der Haushaltsausgleich und dadurch Planungssicherheit für den Landkreis, die Städte und Gemeinden, die Wirtschaft sowie die Träger kommunaler Aufgaben und Dienstleister zu erzielen.

Der Ablauf der jeweiligen Haushaltsberatungen ist zu vereinbaren. Dem Haushalt ist nach Ausgleich der Fraktionsinteressen der Kooperationspartner in seiner Gesamtheit zuzustimmen.

Überzeugend und mit Nachdruck ist die kommunale Verfassungsbeschwerde hinsichtlich der nicht mehr verfassungskonformen Finanzierung des Kreises zu verfechten.

Um Planungssicherheit für die Kommunen und Lastenausgleich zwischen Kreis und Gemeinden herzustellen, ist grundsätzlich keine Erhöhung der Kreisumlage vorzunehmen, es sei denn, es gibt eine Aufgabenverlagerung an den Kreis oder Veränderung der Finanzverhältnisse zwischen Land, Kreis und Kommunen.

Auf das Land und die Kreisverwaltung wird Einfluss genommen, die Standards auf ein finanzierbares, durchsetzbares und wirksames Maß zu bringen.

Mit dem Ziel, effizientere Strukturen zu schaffen, sind die Entwicklung der Beteiligungen des Landkreises und die kreislichen Gesellschaften zu analysieren und erforderliche Entscheidungen zu treffen.

Die begrenzten finanziellen Mittel sind unter Prüfung eigener Sparpotentiale zu bündeln und zielgenauer einzusetzen. Bei den freiwilligen Aufgaben erfolgt eine Schwerpunktsetzung auf Jugend, Kultur und Sport.

3. Wirtschaft

Förderliche Rahmenbedingungen sind für die wirtschaftliche Entwicklung in allen Planungsbereichen des Kreises zu entwickeln. Oberste Priorität haben dabei Investitionen, die der Erhaltung und Schaffung von neuen Arbeitsplätzen dienen.

Planungs- und Baugenehmigungsverfahren sind mittels moderner Datenverarbeitung transparenter zu gestalten und zu beschleunigen.

Der Tourismus ist zielstrebig weiterzuentwickeln. Er ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und trägt allgemein zur Attraktivität des Landkreises bei. Maßnahmen dazu sind:

- Anbindung des Radweges ZR 1 an Berlin und damit verbundenes Schließen der Lücken im überregionalen Radwegenetz,
- Nutzung der Kur- und Kultureinrichtungen durch eine stärkere Vernetzung, Unterstützung und Stärkung der Kur- und Erholungsorte.

Wirtschaftsfördernde Maßnahmen sind besser zwischen Kreisverwaltung und Kommunen zu koordinieren. Die Kommunen im engeren Verflechtungsraum sollen bezüglich Infrastruktur und Ansiedlungspolitik gefördert werden. Die Stadt Strausberg und die Gemeinde Neuenhagen werden in ihrer Entwicklung zum Mittelzentrum unterstützt. Rüdersdorf als wichtiger Industriestandort erfährt diese Unterstützung ebenso.

In allen Regionen des Kreises sind entsprechend den Besonderheiten mögliche wirtschaftliche Entwicklungen durch die Kreisverwaltung zu befördern.

Ein besonderer Schwerpunkt, wirksam über unseren Kreis hinaus, sind die Projekte Flugplatz Neuhardenberg und der Ausbau der Ostbahn.

Imagearbeit für den Kreis, Messen und Ausstellungen mit prägendem überregionalen Charakter sind zu fördern. Das STIC Strausberg ist weiter als Instrument der Wirtschaftsförderung des Landkreises zu profilieren.

Der Aufbau von regionalen Produktions- und Vermarktungsketten wird vom Landkreis unterstützt.

Eine wirtschaftlich starke, regional orientierte Sparkassenlandschaft ist zukunftsfähig auszubauen.

4. Landwirtschaft und Umwelt

Die Landwirtschaft und deren nachgelagerte Bereiche sind bedeutende Wirtschaftsfaktoren des Landkreises, prägen seinen Charakter und sind Grundlage für die Entwicklung des ländlichen Raumes.

Der Existenz moderner flächendeckender Landwirtschaftsstrukturen, einschließlich des Erhalts der Kulturlandschaft und der Umwelt ist in der gemeinsamen Arbeit besonderes Augenmerk zu widmen.

Das Oderbruch ist als Schwerpunkt des Ackerbaus zu stärken, seine touristischen Potentiale sind zu entwickeln.

Im öffentlichen Interesse ist das System einer funktionierenden, schonenden Wasserregulierung (Schöpfwerke und Anlagen) zu erhalten. Eine wirksame Unterstützung von Land und Bund ist einzufordern. Bei Instandhaltung oder Neubau von Wirtschaftswegen, Brücken oder Straßen sind die Belange der landwirtschaftlichen Unternehmen zu berücksichtigen.

Zu erhalten ist die Drittellösung in der Finanzierung der Tierkörperbeseitigung.

Der Landkreis unterstützt den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen bis zur Klärung der offenen rechtlichen Fragen und der anbautechnischen Risiken nicht.

Normen und Standards in den Bereichen Landwirtschaft und Umwelt sollten umgesetzt und nicht durch kreisliche Festlegungen weiter verschärft werden.

Der Schutz von Natur und Umwelt sowie die Finanzierbarkeit der Wasser- und Abwasserentsorgung und eine ökonomisch gesunde kreisliche Abfallwirtschaft sind im Interesse der Einwohner des Kreises Aufgaben der Kooperation der Fraktionen.

Unterschutzstellungsverfahren erfolgen in Zusammenarbeit mit den Kommunen, der Wirtschaft, der Landwirtschaft und den Umweltverbänden.

Schutzgebietsausweisungen sind vorrangig auf bereits feststehende Gebiete wie FFH und SPA zu beschränken. Weitergehende Maßnahmen zum Schutz der Umwelt sind als freiwillige vertragliche Vereinbarungen anzustreben.

Bei gewichtigen, nachhaltigen Investitionen sollten bestehende Rechtsverordnungen unbürokratisch angepasst werden.

Die bestehenden Regelungen zum Baum- und Alleenschutz bedürfen keiner weiteren kreislichen Verordnungen.

5. Soziales und Jugend

Das Netz der Jugendeinrichtungen ist entsprechend örtlicher Notwendigkeiten zu erhalten, zu unterstützen und gegebenenfalls weiterzuentwickeln.

Das SGB II (Hartz IV) ist bürgernah im Sinne der Betroffenen des Landkreises umzusetzen. Durch Koordinierung des zweiten und dritten Arbeitsmarktes sind die Möglichkeiten einer Entlastung des Kreishaushaltes auszuschöpfen.

Hohe Priorität hat die Entwicklung der Jugendhilfe. Ziel ist es, den hilfsbedürftigen Kindern und Jugendlichen die erforderliche Unterstützung zu geben und Aufwendungen zu minimieren. Prävention und ambulante Hilfen sind zu stärken, um die Zahl der Heimunterbringungen zu verringern.

Zu erarbeiten ist ein Personalkostenförderprogramm.

6. Bildung, Kultur und Sport

Die Schulentwicklungsplanung wird unter Berücksichtigung der neuen Gegebenheiten sowie der Schüler- und Elterninteressen fortgeführt.

Die Bildung und das Betreiben von Ganztagschulen in ihren verschiedenen Formen wird mit dem Ziel der Förderung des einzelnen Kindes sowie der Entspannung in sozialen Brennpunkten unterstützt.


Der Kreis nimmt Einfluss, dass das Oberstufenzentrum MOL und andere Bildungseinrichtungen Fachkräfte für die im Kreis ansässigen Wirtschaftszweige, z. B. die Landwirtschaft und den Tourismus, heranbilden.

Das Netz der Kultur- und Sporteinrichtungen ist sparsam und zweckmäßig zu betreiben und zu erhalten.

Zur Arbeit und Weiterentwicklung der Kultur GmbH ist ein Grundsatzbeschluss im Kreistag vorzubereiten und zu fassen.

Seelow, 01. Juni 2005

Fraktion der SPD


.....
Simona Köß
Stellv. Vorsitzende

Fraktion der PDS


.....
Lutz Amsel
Vorsitzender

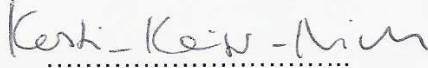
Fraktion des
Bauernverbandes


.....
Bodo Schulz
Vorsitzender

SPD-Unterbezirk MOL


.....
Gernot Schmidt
Vorsitzender

PDS-Kreisverband MOL


.....
Kerstin Kaiser-Nicht
Vorsitzende

WG Bauernverband
MOL e. V.


.....
Henrik Wendorff
Vorsitzender